

KONJUNKTURREPORT

16. Jg., Ausgabe 4, Dez. 2016

Robuste Konjunktur in Österreich

Die **weltwirtschaftliche** Dynamik hat sich im dritten Quartal 2016 etwas beschleunigt. In den Industrieländern setzte sich die moderate Erholung fort und für die Schwellenländer haben sich die Wachstumsaussichten aufgeheitert. Der Welt-handel stieg im Sommer um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal, nach einem Rückgang um 0,7 % im Frühjahr. Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich zuletzt verbessert. Darauf deutet u.a. die Stimmungsaufhellung gemäß dem vom ifo Institut veröffentlichten Klimaindex für die Weltwirtschaft hin.

In den **USA** stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal um 0,8 %, nach 0,2 % bzw. 0,4 % in den ersten beiden Quartalen. Wachstumsbeiträge kamen vor allem vom privaten Konsum und dem Außenhandel. In **Japan** ist die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0,3 % gestiegen, nach 0,7 % und 0,5 % in den ersten beiden Quartalen. Impulse kamen vom privaten und öffentlichen Konsum sowie den Bauinvestitionen. Die Nettoexporte lieferten einen positiven Wachstumsbeitrag. In **China** erhöhte sich das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal um 1,8 %, nach 1,2 % bzw. 1,9 % im ersten und zweiten Quartal. Im Vorjahresvergleich stieg die Wirtschaftsleistung in den ersten drei Quartalen jeweils um 6,7 %. Das Wachstum wird gegenwärtig durch staatliche Infrastrukturinvestitionen und ein kräftiges Kreditwachstum gestützt. Problematisch sind die hohen Schulden der Staatsbetriebe und starke Anstiege der Immobilienpreise.

Im **Euroraum** nahm das reale BIP zwischen Juli und September gegenüber dem Vorquartal um 0,3 % und in der **EU-28** um 0,4 % zu. Damit blieb das Wachstumstempo gegenüber dem zweiten Quartal unverändert; im ersten Jahresviertel war das reale BIP im Euroraum und der gesamten EU jeweils um 0,5 % gestiegen. In Deutschland verringerte sich das Wachstum wegen schwächerer Exporte, in Frankreich und Italien beschleunigte es sich etwas.

In Spanien, Großbritannien sowie Mittel- und Osteuropa blieb die Konjunktur robust. Getragen wurde die Erholung vor allem vom privaten und öffentlichen Konsum.

In **Österreich** stieg die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0,4 %, nach 0,4 % bzw. 0,3 % in den ersten beiden Quartalen. Impulse kamen weiterhin von der Inlandsnachfrage. Der private und der öffentliche Konsum wuchsen verhältnismäßig kräftig. Die Ausrüstungsinvestitionen blieben dynamisch, während sich die Baukonjunktur etwas abschwächte. Bei den Exporten waren nur die Dienstleistungsausfuhren dynamisch, während die Warenausfuhr schwach war. Insgesamt war der Außenhandel in etwa wachstumsneutral. Entstehungsseitig stieg die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung, der Bauwirtschaft, dem Handel und den sonstigen Marktdienstleistungen jeweils etwa gleich stark wie die Gesamtwirtschaft. Aufgrund des starken Sommertourismus wurde die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie mit 0,8 % besonders kräftig ausgeweitet.

In **Kärnten** stieg der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Durchschnitt der ersten acht Monate 2016 um 0,3 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, verglichen mit einem Anstieg um 1,7 % im Bundesdurchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe war das Wachstum in Kärnten mit 4,4 % deutlich kräftiger als in Österreich insgesamt (1,8 %). Die Bauproduktion ging in Kärnten dagegen um 3,6 % zurück, während sie in Gesamt-Österreich um 0,6 % stieg. In Kärnten ging die Produktion im Tiefbau um 4,9 % und im Hochbau um 3,3 % zurück, während sie in Gesamt-Österreich im Tiefbau um 0,4 % und im Hochbau um 0,7 % ausgeweitet wurde. Das KIHS geht davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Kärnten auch im kommenden Jahr leicht hinter jener Gesamt-Österreichs zurückbleibt, was unter anderem auf die überdurchschnittliche Bedeutung Italiens als Kärntner Exportdestination zurückzuführen ist, wo sich die Konjunktur nur schleppend erholt.

Klaus Weyerstraß

Aktuelles vom Arbeitsmarkt

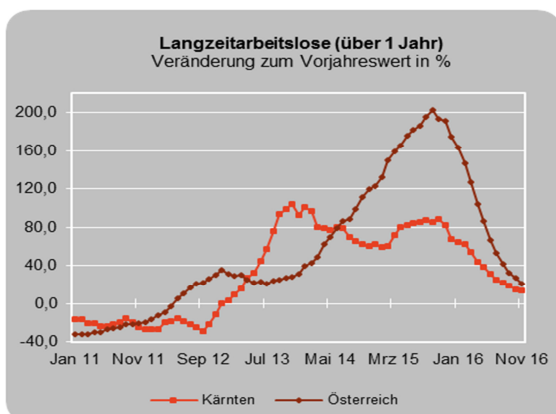
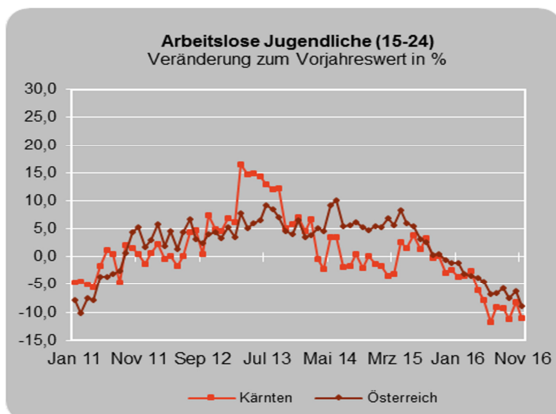
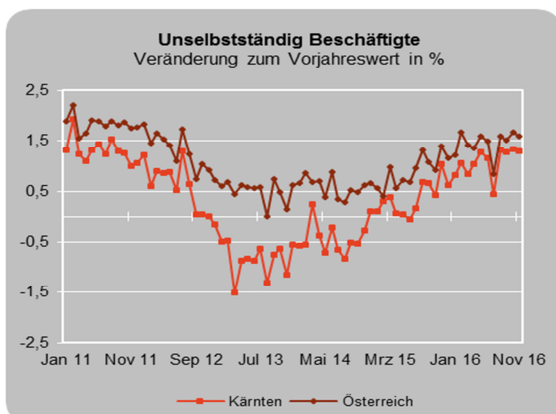
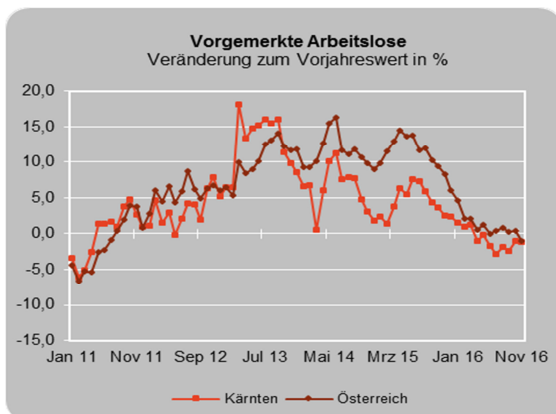
Die verhalten positive Entwicklung am Kärntner Arbeitsmarkt setzt sich vorläufig auch zum Jahresende fort. So beträgt im November 2016 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 26.352 (Österreich: 355.669) und liegt damit – durchgehend seit April dieses Jahres – unter den Vergleichswerten des Vorjahres (-1,1 %), während österreichweit erst im November – zum ersten Mal seit 5 Jahren – ein Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnet werden konnte (-1,0 %). Dabei bestehen allerdings erhebliche regionale Unterschiede: Während in Wien (+0,3 %) und Niederösterreich (+2,0 %) die Zahl der Arbeitslosen weiter steigt, hat sich die Situation in den anderen Bundesländern – teils deutlich – entspannt. So sinkt etwa in Tirol die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 7,0 %, in Salzburg um 5,0 %. Daneben fällt die Entwicklung auch geschlechtsspezifisch unterschiedlich aus. So ist die Arbeitslosigkeit von Männern mit -1,9 % im Vergleich zum Vorjahr deutlich stärker rückläufig als bei Frauen (-0,3 %).

Zusätzlich sinkt in Kärnten die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim Arbeitsmarktservice – bei einem österreichweiten Anstieg von 3,8 % – weiter (-1,5 %). Auch die Beschäftigungsentwicklung gewinnt zunehmend an Dynamik; die Zahl der unselbstständig Beschäftigten nimmt in Kärnten mit +1,3 % im Vergleich zum November des Vorjahres merklich zu (Österreich: +1,6 %).

Besonders positiv entwickelt sich weiterhin der Jugendarbeitsmarkt: mit einem Rückgang von -11,0 % (November 2016) im Vergleich zum Vorjahr kann bei arbeitslosen Jugendlichen – wie bereits seit Ende des Jahres 2015 – ein überdurchschnittlicher Entlastungseffekt beobachtet werden (Österreich: -8,9 %).

Strukturelle Problemfelder am Arbeitsmarkt bleiben derzeit Langzeitarbeitslose über 1 Jahr (+14,2 %) wie auch Ältere (50+; +4,5 %), wo weiterhin ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen verzeichnet wird. Allerdings fällt auch in diesen Bereichen die Dynamik in Kärnten vergleichsweise günstiger aus als im Bundesdurchschnitt, die Arbeitslosenzahlen haben mit +20,8 % (Langzeitarbeitslose) bzw. +5,9 % (50+) deutlich stärker zugenommen. Aktuelle Prognosen deuten zudem darauf hin, dass noch nicht von einer nachhaltigen Trendwende gesprochen werden kann; im nächsten Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen wieder steigen.¹ Robert Klingmair

¹ Vgl. Fortin et al. (2016): Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2016-2017 – Konjunkturpolitik bleibt moderat. Economic Forecast 94/2016. Institut für Höhere Studien. Wien.



Kommentar: New Deal

Mit der Umsetzung eines „New Deal“, wie ihn Bundeskanzler Kern bei seinem Amtsantritt angekündigt hat, tut sich die Koalition von SPÖ und ÖVP offensichtlich schwer, obwohl ihren Proponenten klar sein muss, dass ein Bild von Reformblockaden und Streit statt zukunftsweisender Weichenstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft bei der kommenden Nationalratswahl in ein Desaster führen wird. Was noch in mühevoller Auseinandersetzung gelingt, sind kleine Reformschritte, die in die richtige Richtung gehen, doch hinter den Erwartungen zurückbleiben und so Enttäuschung produzieren. Dies gilt für die Reform im Bildungsbereich mit höherer Autonomie für die Schulen bzw. deren Leitung; dies gilt für die Reform der Gewerbeordnung (wo die Eigeninitiative der Wirtschaftskammer, „Verfahrenskoordinatoren“ für Betriebsanlagengenehmigungen einzusetzen, wohl größere Bedeutung hat als die geplanten gesetzlichen Änderungen) und dies gilt für die Vereinbarungen zum Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden für die kommende Fünfjahresperiode. Die letztere Vereinbarung geht über die simple Verlängerung des Finanzausgleichs für weitere fünf Jahre hinaus, wie sie in der Vergangenheit praktiziert wurde, doch ist von den Reformvorhaben des Finanzministers nicht allzu viel übriggeblieben, sodass Minister Schelling gerade noch von einem Einstieg in die Reform sprechen konnte. Der Vorschlag einer erhöhten Steuerautonomie der Länder, die diese für einen größeren Anteil ihrer Steuereinnahmen selbst verantwortlich gemacht hätte, ist geschrumpft zur Einigung, dass die Länder den Wohnbauförderungsbeitrag (ein Prozent der Lohnsumme) selbst festsetzen können (nachdem die Wohnbaufördermittel vom Bund bisher schon ohne Zweckbindung den Ländern überlassen wurden). Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich diese Flexibilisierung der Lohnnebenkosten in Zukunft auswirken wird. Ein wichtiger Schritt in diesem Zusammenhang ist zudem, dass die bisher neun Bauordnungen der Länder zu einer bundeseinheitlichen Regelung zusammengefasst werden sollen – je nach den Bestimmungen im Einzelnen auch ein möglicher Beitrag zur Senkung der Baukosten, die in starkem Maße durch Regulierungen und Auflagen bestimmt werden. Auch dies im Einstieg: mehrere länderspezifische Regelungen (wie z.B. zum Jugendschutz) bieten sich für eine bundeseinheitliche Regelung an, da sie kaum durch strukturelle Besonderheiten der einzelnen Länder oder Präferenzen der Landesbürger begründet werden können. Im Fall der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind allerdings langwierige Verhandlungen erfolglos geblieben, wobei der Bund seine Grundsatz-

gesetzgebungskompetenz, die den Ländern die Ausführungsgesetze überlassen hätte, nicht genutzt hat.

In Verhandlungen ging Finanzminister Schelling mit der prinzipiellen Zielsetzung, eine bislang fehlende Übereinstimmung von Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen (qua Steuerautonomie) auf der Ebene der einzelnen Gebietskörperschaften zu erreichen, wie sie einem finanzwissenschaftlichen Grundprinzip entspricht. Geblieben ist wiederum ein bescheidener Einstieg, in dem die Mittel für den Aufgabenbereich der Kinderbetreuung nach festen Kriterien der Aufgabenerfüllung (die noch definiert werden müssen) vergeben werden sollen. Ähnlich für die Aufgabe der Nachmittagsbetreuung an den Schulen.

Es bleibt bei der Einrichtung des Pflegefonds zur Unterstützung von Ländern und Gemeinden bei den steigenden Pflegekosten. Die Einrichtung einer Pflegeversicherung als zusätzlichen Zweig der Sozialversicherung (statt der Finanzierung aus dem allgemeinen Steuereinkommen) bleibt offen. Für die wachsenden Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Soziales wird eine Deckelung vorgesehen, die ebenfalls kurzfristig helfen und Strukturreformen nicht ersetzen kann. Mit zusätzlichen Mitteln von 300 Millionen für die Länder aus Sondermitteln zur Bewältigung der Flüchtlingswelle bleibt die vielfach kritisierte Situation von umfangreichen Transferbeziehungen und gemeinsamer Finanzierung von Aufgaben der Gebietskörperschaften unverändert.

Bei allen drei Reformvorhaben der Koalition hätte man sich einen „New Deal“ weitreichender und zukunftsweisender vorstellen können. Dass es dank des steigenden Steueraufkommens auch anders geht, zeigt jedenfalls das neue mehrjährige Forschungsförderungspaket im Umfang von 700 Millionen Euro, das jüngst im Ministerrat beschlossen wurde.

Hans-J. Bodenhöfer



Kärnten steht vor großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund initiierte das Kärntner Institut für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (KIHS) gemeinsam mit der Alpen-

Adria-Universität-Klagenfurt (AAU) und der Fachhochschule Kärnten (FH Kärnten) die Kooperation „Kärntner Perspektiven“, um gemeinsam zukunftsgerichtete Analysen und Empfehlungen über langfristige Perspektiven zur Entwicklung des Bundeslandes zu erstellen und dafür relevante Veranstaltungen zu organisieren. Dabei sollen zentrale Bereiche wie Wirtschaft, Gesundheit, Soziales, Demografie, Umwelt und Technik näher betrachtet und konstruktive und dauerhaft tragfähige Wege für die zukünftige Entwicklung Kärntens aufgezeigt werden.

Alle drei Institutionen können diesbezüglich bereits auf individuelle Aktivitäten verweisen. So veranstaltet z.B. die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der AAU regelmäßig seit dem Jahr 2010 die Vortrags- und Diskussionsreihe *Umwelt und Wirtschaft. Geht das (gut)?*, und der Studienbereich Wirtschaft & Management der FH Kärnten die Veranstaltungsreihe *Kärnten 2030 – Chancen für Kärnten 2030*. Das KIHs veröffentlicht regelmäßig den Bericht zur Wirtschaftslage des Landes Kärnten, der eine Fülle von Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik enthält.

Die Kooperation soll deren Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber und die Bereitschaft einen konstruktiven Beitrag zu den Entwicklungsperspektiven Kärntens zu übernehmen, signalisieren. Am 18. November 2016 fand vor diesem Hintergrund im Spiegelsaal der Landesregierung die erste Veranstaltung im Rahmen der „Kärntner Perspektiven“ statt.

An der Veranstaltung nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Kärntner Regierungsparteien, des KIHs, der AAU sowie der FH Kärnten teil. Landesrat Holub erklärte mit Verweis auf das Popper-Zitat „alles Leben ist Problemlösen“: „Wenn man eine Perspektive hat, ist das wie ein Scheinwerfer, der ins Dunkel leuchtet und man sieht alles in dem Licht“. Die Zusammenarbeit von KIHs, AAU und FH ist Teil des Versuches Probleme zu lösen. Dekan Prof. Dr. Erich Schwarz betonte seine Freude darüber, dass die AAU auch in Form dieser Zusammenarbeit etwas für das Land Kärnten bewirken könne. Es sei Aufgabe aller Bildungsinstitutionen „in das Land hineinzuwirken“.

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gaby Schaunig legte im Impulsreferat Innovationshub Kärnten – von modernen Beschäftigungsformen bis zur Digitalisierung ihre optimistischen Kärntner Perspektiven aus der Sicht als Finanzlandesrätin dar. Dabei betonte sie die wenig attraktive Alternative, die ein Masseverwalter im Falle eines Konkurses des Landes diesem aufgezwungen hätte. „Intelligentes Sparen“ kann zum Erreichen von handlungspolitischem Spielraum beitragen. Herr Prof. Dr. Dietmar Brodel (FH Kärnten) referier-

te aus gegebenem Anlass über Determinanten und Perspektiven gelingender Hochschulkooperation und verwies dabei darauf, wie leicht Kooperationen scheitern können. Prof. Dr. Reinhard Neck (AAU) zeigte im Rahmen seines Vortrages zum Thema Nach dem Hypo-AA Crash: Perspektiven der Kärntner Budgetpolitik Beispiele von how to lie with statistics.

KIHs Geschäftsführer Dr. Norbert Wohlgemuth erklärte den zahlreich erschienenen Gästen die Symbolik des Logos der Kärntner Perspektiven. Als Beispiel für die Zusammenarbeit der drei Institutionen stellte er die aktuelle Ausgabe des im Hermagoras Verlag erschienenen Bericht zur Wirtschaftslage des Landes Kärnten 2015/16 dar.

Ein Video von der Auftaktveranstaltung ist auf <https://zid.aau.at/?q=campustv/k%C3%A4rnten-er-perspektiven> verfügbar.

Norbert Wohlgemuth

Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsmaß

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stellt den am weitesten verbreiteten und am häufigsten verwendeten Indikator für den Wohlstand von Staaten oder Regionen dar. Gleichzeitig weist das BIP aber gravierende Schwächen auf, da es zahlreiche Faktoren nicht beinhaltet, die für das Wohlbefinden und den Wohlstand der Bevölkerung wichtig sind. In diesem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, warum das BIP trotz seiner Schwächen weltweit als Wohlstandsindikator verwendet wird, und ob es nicht auch Alternativen gibt.

Was misst das Bruttoinlandsprodukt, und was misst es nicht? Das BIP ist definiert als der Wert der innerhalb einer Periode in einer Volkswirtschaft neu erstellten Güter und Dienstleistungen. Einfach ist die Erfassung all jener Güter und Dienstleistungen, die auf Märkten gehandelt werden und für die es folglich einen Marktpreis gibt. Problematisch ist der große Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, da es für diese typischerweise keinen Markt gibt. Man denke etwa an das Unterrichtswesen, die Landesverteidigung, die öffentliche Sicherheit oder das Gesundheitswesen. In diesen Wirtschaftsbereichen wird die Wertschöpfung (der Beitrag der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt) wegen des fehlenden Marktwerts über die Kosten erfasst. Eine Lohnsteigerung im öffentlichen Dienst führt somit zu einer Erhöhung der Wertschöpfung, obwohl damit keine Steigerung der verfügbaren Menge an Gütern und Dienstleistungen verbunden ist. Noch problematischer ist die Tatsache, dass ehrenamtliche Tätigkeiten überhaupt nicht im Bruttoinlandsprodukt erfasst werden, ebenso wie private Tätigkeiten

im Haushalt. Wird beispielsweise das Putzen einer Wohnung vom Bewohner selbst erledigt, ist dies nicht im BIP enthalten, während dieselbe Tätigkeit als Dienstleistung im BIP erfasst wird, wenn sie von einer offiziell beschäftigten Reinigungskraft erbracht wird. Wird die Reinigungskraft aber „schwarz“ beschäftigt, ist dies wiederum nicht in der offiziellen Statistik erfasst. Es gibt zwar Ansätze, illegale, verborgene sowie als „informell“ bezeichnete Tätigkeiten, für die in der Regel keine Buchführung erfolgt, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die dem BIP zugrunde liegt, zu erfassen.² Aber diese Erfassung kann naturgemäß nur auf Schätzungen beruhen und ist daher mit großer Unsicherheit behaftet. Darüber hinaus sagt ein hoher Stand des BIP nichts über die Einkommens- und Vermögensverteilung innerhalb einer Volkswirtschaft aus.

Neben der unzureichenden Erfassung bestimmter Leistungen im Bruttoinlandsprodukt fehlen einige wichtige Aspekte gänzlich. So wird die Qualität der Umwelt nicht erfasst. Wenn die Produktion von Gütern mit dem Ausstoß von Schadstoffen verbunden ist, steigern die Güterproduktion und die damit generierten Einkommen den materiellen Wohlstand, während die gleichzeitige Verschlechterung der Umweltqualität nicht erfasst wird. Es gibt sogar Fälle, in denen die bloße Erhaltung der Umweltqualität eine BIP-Steigerung bewirkt. Wenn etwa ein Tankwagen verunglückt und das Erdreich mit auslaufendem Heizöl verseucht wird, steigert die anschließende Sanierung des Bodens das BIP, obwohl die Lebensqualität nur auf den Stand von vor dem Unfall gebracht wird.

Daran schließt sich die Frage an, ob grenzenloses Wirtschaftswachstum möglich und überhaupt im Sinne einer Wohlstandssteigerung notwendig ist. Hierzu bestehen kontroverse Ansichten. Einerseits wird argumentiert, dass die begrenzte Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen das Wirtschaftswachstum beschränkt. So kam der Club of Rome in einer vielbeachteten Studie im Jahr 1972 zu dem Schluss, dass die Wachstumsgrenzen auf der Welt innerhalb der folgenden hundert Jahre erreicht würden, wenn die Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhielte.³ Tatsächlich wurden die prophezeiten Grenzen des Wachstums bis heute nicht erreicht, vor allem weil der Club of Rome den

technischen Fortschritt unterschätzt hat. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte der britische Ökonom Thomas Robert Malthus (1766 - 1834) vorausgesagt, dass das weltwirtschaftliche Wachstum zum Erliegen kommen würde, weil das Wachstum der Bevölkerung dasjenige der landwirtschaftlichen Produktion deutlich überschreite. Auch in diesem Fall lag die (zu) pessimistische Erwartung in der Unterschätzung des technischen Fortschritts und der damit einhergehenden Produktivitätszuwächse begründet.

Heute stellen der Klimawandel und die Umweltzerstörung das auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtete Modell in Frage. Zweifellos kann ein Wirtschaftswachstum, das auf der Nutzung fossiler Rohstoffe und der mit ihrer Verbrennung verbundenen Umweltbelastung beruht, nicht auf Dauer aufrechterhalten werden. Gleichwohl ist Wirtschaftswachstum weiterhin möglich, wenn es sich vom quantitativen hin zu qualitativem Wachstum verschiebt. Auch eine Fortsetzung bzw. Verstärkung des Strukturwandels in Richtung Dienstleistungs- und Informationsbereich würde eine Steigerung des Wohlstands bei einer Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch mit sich bringen. Aber auch im güterproduzierenden Bereich ist Wachstum möglich, das mit einer Verbesserung der Umweltqualität einhergeht, etwa durch die Entwicklung neuer Solar-, Wind- oder Wasserkraftanlagen.

Im Dezember 2010 hat der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission mit dem Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. Das Ziel bestand darin, einen neuen Indikator für Wohlstand und Fortschritt jenseits des Bruttoinlandsprodukts zu entwickeln. Die Kommission hat im Juni 2013 ihren Abschlussbericht vorgelegt.⁴ Ein zentrales Ergebnis der Enquete-Kommission stellen die sog. W3-Indikatoren dar. Diese beinhalten zusätzlich zum Bruttoinlandsprodukt ganzheitliche Wohlstandsindikatoren. Insgesamt sind zehn Indikatoren in drei Bereichen enthalten: 1. Materielle Wohlstand (Bruttoinlandsprodukt, Einkommensverteilung, Staatsschulden); 2. Soziales und Teilhabe (Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Freiheit); 3. Ökologie (Treibhausgase, Stickstoff, Artenvielfalt). Die Tatsache, dass der Indikatorensatz das BIP beinhaltet, zeigt, dass an diesem in absehbarer Zeit wohl kein Weg vorbei führt, wenn der Wohlstand von Ländern oder Regionen gemessen und vor allem international verglichen werden

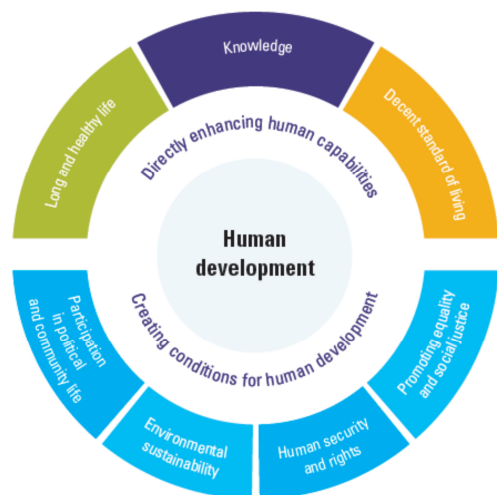
² Vgl. Eurostat (2014), Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/5925749/KS-02-13-269-DE.PDF/0f8f50e6-173c-49ec-b58a-e2ca93ffd056>.

³ Vgl. Meadows, D., Meadows, D., Randers, J., Behrens, W. (1972), *The Limits to Growth*. Universe Books.

⁴ Vgl. Deutscher Bundestag (2013), *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Drucksache 17/13300.

soll. Viele der mit den genannten Indikatoren abgebildeten Bereiche sind zweifellos wichtig für den gesellschaftlichen Wohlstand, aber sie sind eben auch nur schwer quantifizierbar und damit international oder über die Zeit vergleichbar. Es gibt zwar Ansätze, etwa den Bildungsstand der Bevölkerung z.B. anhand der PISA-Tests zu messen, aber viele Lebensbereiche wie eine intakte Umwelt, sozialer Zusammenhalt in der Bevölkerung oder der allgemeine Gesundheitszustand sind, wenn überhaupt, nur sehr schwer quantifizierbar. Ungeachtet der Messprobleme bestehen auch auf internationaler Ebene Initiativen, umfassende Indikatoren des Wohlstands zu entwickeln. So veröffentlichten die Vereinten Nationen jährlich den „Human Development Report“ mit einem „Human Development Index“, der ebenfalls mehrere Teilbereiche umfasst (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Dimensionen des Human Development Index der UN



Quelle: UNDP (2015), Human Development Report.

Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) publiziert regelmäßig den „Better Life Index“, der ebenfalls Bereiche wie Einkommen, Umwelt, Sicherheit, Wohnsituation, Bildung, Gesundheit, Lebenszufriedenheit beinhaltet.⁵ Noch einen Schritt weiter geht das Himalaya-Königreich Bhutan, das als erstes Land der Welt das Bruttoinlandsprodukt durch ein Bruttoglücksprodukt als Wohlstandsmaß ersetzt hat. Jede politische oder wirtschaftliche Entscheidung muss in Bhutan von einem „Glücksrat“ begutachtet werden, der sicherstellen soll, dass sie mit Tradition, Umwelt, Entwicklung und der politischen Kultur des Landes übereinstimmt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass vieles dafür spricht, das Bruttoinlandsprodukt nicht als alleiniges Maß für den Wohlstand von Gesellschaften zu verwenden. Auch ist ein Streben nach immer mehr materiellem Wachstum problematisch. Gleichzeitig muss

aber auch berücksichtigt werden, dass die sonstigen Bereiche, die die Lebenszufriedenheit beeinflussen, nur schwer oder sogar überhaupt nicht messbar sind. Und die meisten Menschen wünschen sich eine Verbesserung ihres Lebensstandards im Zeitablauf. Diese Verbesserung muss aber nicht zwangsläufig mit einer Belastung der Umwelt oder nachfolgender Generationen verbunden sein.

Klaus Weyerstraß

Unsicherheit von Bevölkerungsprognosen

Am 11. November 2016 präsentierte die Statistik Austria die Ergebnisse der aktuellsten Bevölkerungsprognose. Gemäß diesen wird die Bevölkerung Österreichs bis 2030 auf 9,43 Mio. bzw. bis 2050 auf 9,77 Mio. EinwohnerInnen anwachsen; dies entspricht einem Anstieg von 8,6 % bzw. 12,4 %. Auch für das Bundesland Kärnten ist nach aktuellem Stand bis 2030 von einem Zuwachs der Bevölkerung auf 570.169 EinwohnerInnen auszugehen (+1,7 %); danach setzt jedoch ein Schrumpfungsprozess auf 558.080 Personen im Jahr 2050 ein (-0,5 %).⁶ Diese Ergebnisse überraschen, da eine stärkere Bevölkerungszunahme bzw. eine spätere Abnahme dieser in Kärnten vorhergesagt ist, als bisher erwartet. Im Rahmen des vorliegenden Beitrages soll daher ein Vergleich mit den Ergebnissen der Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2010 angestellt werden, als auch auf die Gründe für die Unsicherheit von Bevölkerungsprognosen eingegangen werden.

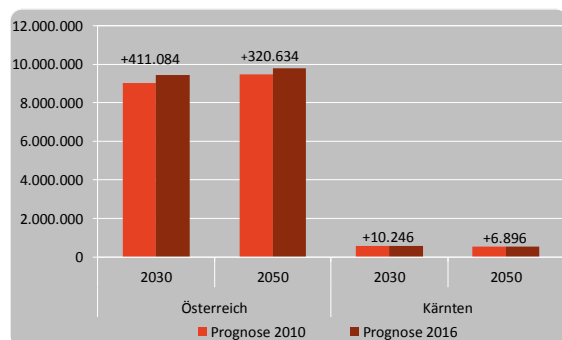
Bei einem Vergleich mit der Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2010 zeigt sich, dass die prognostizierte Bevölkerungszahl für das Jahr 2030 mit 9,04 Mio. EinwohnerInnen deutlich geringer war bzw. erst im Jahr 2049 und damit knapp 20 Jahre später als im Rahmen der aktuell vorliegenden Prognose ein Anstieg auf über 9,43 Mio. vorhergesagt wurde.⁷ Auch die Bevölkerungsentwicklung für Kärnten ist im heurigen Jahr deutlich optimistischer dargestellt worden als im Jahr 2010, wie die folgende Abbildung 1 ebenfalls verdeutlicht. So wurden 2016 für das Jahr 2030 über 10.000 Personen mehr prognostiziert.

⁶ Vgl. Statistik Austria (2016): Bevölkerungsprognose. Hauptvariante. Wien.

⁷ Vgl. Statistik Austria (2010): Bevölkerungsprognose. Hauptvariante. Wien.

⁵ Vgl. <http://www.oecdbetterlifeindex.org/#/111111111111>

Abbildung 1: Bevölkerungsvorhersage für 2030 und 2050 im Vergleich (absolut), Prognose 2010 und 2016, Österreich und Kärnten



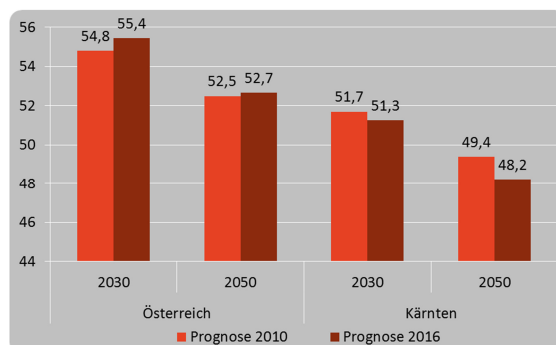
Quelle: Statistik Austria (2010 sowie 2016) Bevölkerungsvorhersage, Hauptvariante, eigene Berechnung und Darstellung.

Die Unsicherheit in Bezug auf die künftige Entwicklung der Bevölkerung ist im Besonderen auf die vielfältigen Einflussfaktoren auf diese zurückzuführen. So setzt sich das Wachstum der Bevölkerung zum einen aus dem natürlichen Bevölkerungswachstum zusammen, d.h. den Geburten abzüglich der Sterbefälle. Als entscheidende Faktoren für das natürliche Wachstum der Bevölkerung eines Landes können daher die Fertilität dieser, d.h. die Fruchtbarkeit, und die Mortalität bzw. Sterblichkeit angesehen werden. Zum zweiten muss die Wanderungsbilanz beachtet bzw. prognostiziert werden, d.h. die Zuwanderungen in ein Land abzüglich der Abwanderungen aus diesem. Wanderungsbewegungen sind dabei entscheidend von wirtschaftlichen und politischen Instabilitäten determiniert und lassen sich daher deutlich schwerer prognostizieren. Darüber hinaus ist auch der Bevölkerungsstand (z.B. die Geschlechts- oder Altersstruktur) als wesentlich für weitere Entwicklungsmöglichkeiten der Bevölkerung anzusehen⁸, da die Fertilität beispielsweise vom Anteil an Frauen im gebärfähigen Alter oder die Mortalität vom Durchschnittsalter der Bevölkerung abhängt. Aufgrund der Vielzahl an Einflussfaktoren ist es daher nicht verwunderlich, dass sich Unsicherheiten im Rahmen der Prognosen ergeben. Daraus resultiert auch, dass Statistik Austria insgesamt zehn potentielle Bevölkerungsentwicklungen publiziert, welche aus unterschiedlichen Annahmen in Bezug auf die Entwicklung von Fertilität, Lebenserwartung und Zuwanderung resultieren.⁹

⁸ Vgl. Schimany, P. (2003:27f): Die Alterung der Gesellschaft. Ursachen und Folgen des demographischen Umbruchs. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

⁹ Vgl. Statistik Austria (2013:10): Standard-Dokumentation Metainformationen zu Bevölkerungsprognosen. Wien.

Abbildung 2: Prognostizierter Anteil der potentiellen Erwerbsbevölkerung (15-59 Jahre) für 2030 und 2050 im Vergleich (in %), Prognose 2010 und 2016, Österreich und Kärnten

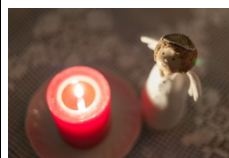


Quelle: Statistik Austria (2010 sowie 2016) Bevölkerungsvorhersage, Hauptvariante, eigene Darstellung.

Der Bevölkerungsentwicklung als solches wird für das wirtschaftliche Potential eines Landes jedoch eine untergeordnete Rolle beigemessen. So zeigen empirische Ergebnisse keine statistische Relevanz des Bevölkerungswachstums für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes sofern Faktoren wie Bildung, technologischer Fortschritt oder politische Stabilität berücksichtigt werden.¹⁰ Hingegen scheint die Altersstruktur einer Bevölkerung deutlichere Auswirkungen auf das Wirtschaftspotential eines Landes zu haben. Das ist vor allem auf die signifikant positive Wirkung des Anteils der Erwerbsbevölkerung auf die Wachstumsraten zurückzuführen.¹¹ In Bezug auf den vorhergesagten Anteil der Bevölkerung im potentiellen Erwerbsalter (15-59 Jahre) unterscheiden sich die zwei betrachteten Bevölkerungsprognosen jedoch kaum (vgl. Abbildung 2); d.h. auch die verstärkte Bevölkerungszunahme kann die Alterung der Bevölkerung nicht aufhalten. Dies lässt sich im Besonderen darin begründen, dass die Altersstruktur einer Bevölkerung am wesentlichsten durch die Geburtenbilanz bestimmt ist¹² und diese deutlich geringeren Schwankungen ausgesetzt ist als die Wanderungsbilanz.

Birgit Aigner-Walder

Das Team des KHS wünscht



friedvolle Weihnachtsfeiertage und alles Gute für das Jahr 2017!

¹⁰ Vgl. beispielsweise Czechl, M./Henseke, G. (2007): Demografie und Wirtschaftswachstum: Kein einfacher Zusammenhang. In: Wirtschaftspolitische Blätter 4/2007, S. 609-624.

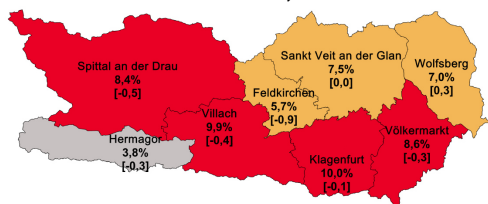
¹¹ Vgl. beispielsweise Bloom, D. E./Canning, D. (2004): Global Demography Change: Dimensions and Economic Significance. NBER Working Paper No. 10817.

¹² Vgl. Schimany (2003:239ff).

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquoten in den Kärntner Bezirken, 3. Quartal 2016



Regionale Arbeitslosenquoten in Kärnten 2016, 3. Quartal
[Veränderung zum Vorjahresquartal in Prozentpunkten]

Kärnten: 8,8 %
Österreich: 8,2 %

Quelle: AMS (2016, online);
eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Beschäftigte und Erwerbstätigenquote (55-64 Jahre) in Österreich und im Alpen-Adria Raum, 2015

Region	Beschäftigte		Erwerbstätigenquote	
	in 1.000	Δ 14-15	in %	Δ 14-15
Österreich	490,4	5,5%	46,3%	1,2
Veneto	290,6	4,0%	46,8%	1,2
Slowenien	107,6	3,2%	36,6%	1,2
Steiermark	68,1	5,7%	43,3%	1,2
Friaul	79,8	12,1%	49,9%	5,1
Tirol	43,8	5,5%	50,9%	1,2
Salzburg	32,0	7,4%	47,8%	2,2
Kärnten	32,4	6,2%	42,1%	1,3
Südtirol	33,8	5,0%	57,8%	1,2
Trentino	37,4	7,2%	55,2%	2,7

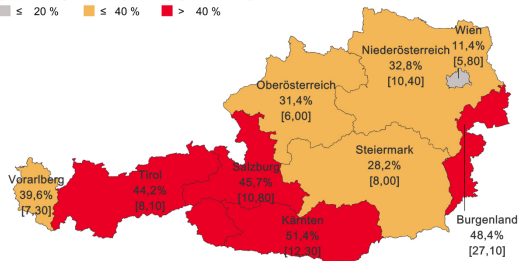
Quelle: Eurostat (2016, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Erneuerbare Energien

Anteil erneuerbarer Energieträger insgesamt (Erneuerbare EU-Richtlinie) in den österreichischen Bundesländern, 2015

Anteil erneuerbarer Energieträger insgesamt 2015
[Veränderung in Prozentpunkten gegenüber 2005]

Legend: ≤ 20% (grey), ≤ 40% (yellow), > 40% (red)



Quelle: Statistik Austria (2016, online);
eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Konjunkturprognose

Konjunkturprognose für Österreich, und den Alpen-Adria Raum

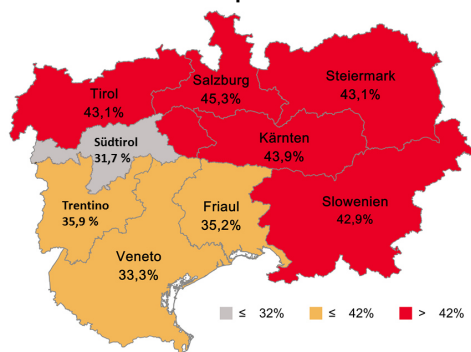
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015	2016	2017
BIP Österreich (real)	0,8	0,8	1,5	1,3
BRP Kärnten (real)	0,0	0,4	1,5	
BIP Italien (real)	0,2	0,6	0,8	1,1
BIP Slowenien (real)	3,1	2,3	2,0	2,3
Unselbständige Beschäftigung in Kärnten (absoluter Wert)	-0,3% (199.148)	0,5% (200.060)	0,7% (201.100)	
Arbeitslose in Kärnten (absoluter Wert)	5,7% (24.666)	4,1% (25.670)	0,4% (25.750)	

Quellen: OECD (2016, online); HV der österreichischen Sozialversicherungsträger, AMS (2016), BIP Jahresprognose und Beschäftigungsprognose: IHS Wien bzw. KIHS; eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Humanressourcen in Wissenschaft und Technik

Personen mit tertiärer Bildung (ISCED) und/oder mit wissenschaftlich-technischer Berufstätigkeit, Anteil der Erwerbspersonen 2015



Quelle: Eurostat (2016, online);
eigene Darstellung KIHS

Tourismus

Anzahl der Betriebe* im Tourismus, 2015 sowie Veränderung zum Vorjahr

Region/Land	Anzahl der Betriebe	Veränderung zum Vorjahr
Österreich	20.315	-0,1%
Veneto	53.428	1,3%
Steiermark	2.432	1,4%
Slowenien	3.004	3,6%
Tirol	6.387	-0,9%
Salzburg	3.400	0,8%
Kärnten	2.765	-2,5%
Friaul	6.306	5,5%
Südtirol	10.043	1,0%
Trentino	3.085	3,2%

Quelle: Eurostat (2016, online); eigene Darstellung KIHS; *Hotels, Gasthöfe und Pensionen; Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten, Campingplätze

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 12. Dezember 2016